



**Fachbereich Medien,
Kunst und Industrie (FB 8)**

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

ver.di • Theodor-Heuss-Straße 2 / Haus 1 • 70174 Stuttgart

Herrn Innenminister Thomas Strobl
Willy-Brandt-Straße 41

70173 Stuttgart

Theodor-Heuss-Straße 2 / Haus 1
70174 Stuttgart

Telefon: (0711) 88788-0

Durchwahl: -0800

Telefax: (0711) 88788-0899

PC-Fax: (01805) 837343 - 29080*

Mobil: (0175) 432 7156

siegfried.heim@verdi.de

medien-kunst-industrie-bawue.verdi.de

Datum

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

23. August 2018

sgH

Schutz der Pressefreiheit bei Polizeieinsätzen

Sehr geehrter Herr Minister Strobl,

Die deutsche Journalistinnen und Journalisten Union in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (dju in ver.di) hat mit Bestürzung zur Kenntnis genommen, dass ein Polizeibeamter des Landes Baden-Württemberg während eines Polizeieinsatzes Journalisten mit den Worten „die Pressefreiheit ist jetzt ausgesetzt“ bzw. „hier endet nun Ihre Pressefreiheit“ an der Ausübung ihres Berufes hinderte.

Konkret geht es um den Polizeieinsatz am vergangenen Wochenende in Stuttgart zum Schutz eines Infostandes der rechtsextremistischen „identitären Bewegung“ (IB), die vom Landes-Verfassungsschutz beobachtet wird. Hierbei wurde mit oben genannten Worten Journalisten der Zugang zur U-Bahn-Station Charlottenplatz verwehrt. Zuvor war einem Journalisten von einem Mitglied der IB Gewalt angedroht worden. Die Strafanzeige des Berichterstatters dazu wurde von den Polizeibeamten leider erst nach wiederholtem Drängen angenommen.

Beide Vorgänge sind nicht hinnehmbar, da sie die für die Demokratie konstitutive Arbeit der Journalistinnen und Journalisten in unverhältnismäßiger Weise unzumutbar behindern. Die dju in ver.di erwartet von Ihnen, Herr Minister Strobl, dass Sie und die verantwortlichen Polizeiführungen eindeutig klarstellen, dass die grundgesetzlich geschützte Freiheit der Presse und der Berichterstattung nicht durch einzelne Polizeibeamte willkürlich eingeschränkt werden darf. Dieses Grundrecht steht über allen einsatztaktischen Überlegungen. Auch erwarten wir, dass Polizeibeamte bei Strafanzeigen im Zusammenhang mit Angriffen und Drohungen gegen Journalistinnen und Journalisten konsequent ermitteln, und nicht versuchen abzuwiegeln.

-2-



*Fachbereich Medien,
Kunst und Industrie (FB 8)*

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

**Landesbezirk
Baden-Württemberg**

-2-

Gerne stehen wir Ihnen und der Polizei des Landes für Gespräche zum praktischen Schutz der Pressefreiheit und der Bericht erstattenden Journalistinnen und Journalisten während Polizeieinsätzen zur Verfügung. Und gerne sind die in der dju in ver.di organisierten Journalistinnen und Journalisten auch bereit, an entsprechenden Fortbildungsangeboten für Polizistinnen und Polizisten mitzuwirken – etwa zur Bedeutung des Presseausweises aufgrund der Vereinbarung, die zwischen dem Vorsitz der ständigen Konferenz der Innenminister und –Senatoren der Länder und dem Trägerverein des Deutschen Presserats e.V. 2016 geschlossen wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Schreyer
dju-Landesvorsitzender

Siegfried Heim
Landesfachbereichsleiter Medien